

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB
bewertet die Wende-Ideologie:
Abspeisung mit politischen
Surrogaten.
Seite 1

Peter Conradi MdB setzt
sich mit der Tätigkeit der
Demoskopen auseinander:
Wahlforschung oder Wähler-
manipulation?
Seite 3

Helmut Wiczorek MdB
kommentiert den Bundes-
haushalt 1986: Entschei-
dende Ziele wurden ver-
fehlt.
Seite 4

42. Jahrgang / 14

21. Januar 1987

Abspeisung mit politischen Surrogaten

Die Wende-Ideologie strebt die Entmündigung des Bürgers an
Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Die unter dem Mantel einer moralischen Wende erfolgte Hinwen-
dung der Regierungspolitik zu einer Politik bloßer materieller
Bedürfnisbefriedigung erfüllt mich mit tiefer Besorgnis.

Eine „Erklärung, die den großen Herausforderungen unserer
Zeit kaum mit konkreten Aussagen, sondern stattdessen mit Erin-
nerungen an eine besonnte und verklärte Vergangenheit begegnen
will; eine Erklärung, die für die Probleme der 80er Jahre die
Lösungen der 50er und der frühen 60er Jahre empfiehlt“ - so
charakterisierte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion,
Dr. Hans-Jochen Vogel, vor vier Jahren die Regierungserklärung
des Bundeskanzlers. Und weiter sagte er: „Die Politik soll nicht
nur Macht verwalten und die jeweils aktuellen Tagesfragen ent-
scheiden, sondern den Menschen auch Orientierung und Hoff-
nung geben, nicht im Sinn der Bevormundung oder gar Indok-
trination, aber in dem Sinn, daß den Menschen deutlich wird,
welche Ziele die Politik auf welchen Wegen und aus welchen
Motiven verfolgt, und daß deutlich wird, welches Menschen-
bild und welches Staats- und Gesellschaftsverständnis der Politik
zugrundeliegen, die da getrieben wird.“

Ich glaube, mit diesen beiden Aussagen hat Vogel den Wesens-
kern Kohl'scher Politik getroffen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



Sicher gibt es Preisstabilität und günstige Konjunktur. Und sicher wird niemand bestreiten wollen, daß es vielen gut, manchen Privilegierten sogar sehr gut geht. Aber all dies vollzieht sich in einer Atmosphäre einschläfernden Wohlbehagens, das eine Mentalität der Verdrängung innerer wie äußerer Gefährdungen fördert, des Vergessens der Probleme, solange man nicht von ihnen selbst betroffen ist.

Diese Stimmung und Haltung ist es, auf die Kohl auch als Wahlkämpfer setzt. Dabei übersieht er, daß eine solche Wohlstandsgenügsamkeit eben deshalb bedenklich ist, weil sie durch die Beschränkung auf materielle Bedürfnisbefriedigung die eigentlichen politischen Ziele und Aufgaben aus dem Blickfeld der Bürger rückt, die für den Bestand unserer Demokratie und ihrer stetigen Ausgestaltung im Geiste unseres Grundgesetzes unerlässlich sind. Der bloße Appell an den Leistungswillen des Wirtschaftsbürgers und ein bißchen subsidiäre Mitmenschlichkeit hilft hier nichts. So kann auch der dünne Kennedy-Aufguß, den Kohl in der erwähnten Erklärung mit den Worten anbietet, der Bürger solle nicht nur fragen „Wer hilft mir?“, sondern auch „Wem helfe ich?“ nicht gerade als ‚Aufbruch zu neuen Ufern‘ gewertet werden.

Aber eben diese Einstellung, dieses von Kohl angeschlagene Leitmotiv, hat eine noch ernstere Seite. Im Grunde ist es nämlich eine subtile Form der politischen Entmündigung des Bürgers, eine bedenkliche Einengung des Feldes, auf dem der Mensch als politisches Wesen sich entfalten kann. Es ist ein Abspesen mit politischen Surrogaten, die nicht zuletzt bei jungen Menschen einen schalen Geschmack hinterlassen. Schließlich war es ein ähnliches Gefühl einer jahrelangen apolitischen Langeweile, das in den 60er Jahren zunächst zu Studentenunruhen und einen nicht geringen Teil der sich dann ausbreitenden Protestbewegung in die Irre, einige sogar in den Terrorismus geführt hat. Aus vergleichbaren Protesthaltungen speisen sich auch so manche irrationalen Impulse bei den Grünen, die seit geraumer Zeit immerhin auch in den Parlamenten sitzen.

Umso abwegiger ist es, daß die eigentlichen Verursacher irrationaler Proteste, die in vernünftige politische Bahnen zu lenken die SPD sich von Anbeginn bemüht hat, nun mit der abgeschmackten Parole von der rot-grünen Gefahr auf Stimmenfang gehen.

(-/21.1.1987/rs/ks)

* * *

Wahlforschung oder Wählermanipulation?

Anmerkungen zur Tätigkeit der Demoskopien

Von Peter Conradi MdB

An Wahlabenden schlägt nicht nur den Parteien, sondern auch den Wahlforschern die Stunde der Wahrheit: ihre Prognosen zum Wahlausgang werden mit dem tatsächlichen Wahlverhalten konfrontiert.

Politiker und Journalisten haben oft über die Treffsicherheit der Voraussagen gestaunt. Aber in letzter Zeit sind sie über deren Ungenauigkeit irritiert. An den Wahltagen in Bayern und Hamburg beispielsweise verkündeten infas in der ARD und die Forschungsgruppe Wahlen im ZDF nach Schließung der Wahllokale Zahlen für die SPD, die vom tatsächlichen Ergebnis weit entfernt waren.

Erfahrene Wahlanalysiker nennen dafür einleuchtende Gründe: die Zahl der unentschlossenen Wähler nimmt zu, die Stammwählerschaften der Parteien schrumpfen. Viele Wähler wissen bis kurz vor dem Wahltag noch nicht einmal, ob sie ihre Stimme abgeben werden. Auf solch unsicheren Grundlagen Prognosen zu machen, ist ein riskantes Geschäft. Wahlforscher sind da nicht zu beneiden. Um so weniger ist verständlich, daß einige Meinungsforschungsunternehmen Woche für Woche Prognosen über den Ausgang der Bundestagswahl abgeben, ohne zu sagen, auf welchem unsicherem Boden ihre Zahlen stehen. Da sich ein Teil der unsicheren Wähler von solchen Prognosen beeinflussen läßt, wird ihre Veröffentlichung zum Politikum ersten Ranges. Jeder Beobachter weiß, daß in den letzten Wochen des Wahlkampfes der Übergang zwischen Wahlforschung und Wählermanipulation fließend ist.

Doch damit nicht genug: Auch an den Wahlabenden haben die Wahlforscher in ARD und ZDF reichlich Gelegenheit, die politische Analyse der Wahlergebnisse zu beeinflussen. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich dabei die unter Experten höchst umstrittene Analyse von „Wählerströmen“, die in eine „Wählerwanderungs-Bilanz“ mündet.

Diese „Analysen“ geben vor, etwa über das tatsächliche Wählerverhalten auszusagen. Tatsächlich handelt es sich um den tollkühnen Versuch, aus Umfrageergebnissen vor der Wahl und den saldierten Wahlergebnissen mutmaßliche Wählerbewegungen zu konstruieren.

Die Fehlerquellen dieser Berechnungen sind offenkundig:

1. Die zugrundegelegten Umfragen weichen häufig vom tatsächlichen Wahlergebnis deutlich ab. Der Fehler verfälscht auch die Berechnung der „Wählerströme“.
2. Saldierte Stimmenergebnisse sagen nichts über die tatsächlichen Wählerbewegungen aus. Beispiel: eine Partei A gewinnt gegenüber der letzten Wahl 200.000 Stimmen, eine Partei B verliert 200.000 Stimmen. Niemand weiß, ob da nur 200.000 Wählerinnen und Wähler die Partei ihrer Wahl gewechselt haben oder ob nicht tatsächlich 500.000 Wähler von der Partei B zur Partei A und gleichzeitig 300.000 von der Partei A zur Partei B gewechselt haben. Noch schwieriger wird es, wenn man die Nichtwähler in solche Überlegungen einbezieht.

Es ist unverständlich, daß die für die Fernseh-Wahlberichterstattung verantwortlichen Intendanten eine derart spekulative und von seriösen Experten hart kritisierte Berichterstattung in der Wahlnacht zulassen. Genauso gut könnten sie Horoskope über die nächste Legislaturperiode verlesen lassen. Wenn es schon nicht möglich ist, die Manipulation der Wähler während des Wahlkampfes zu unterbinden (was eine Reihe von Meinungsforschungs-Unternehmen fordert), dann sollte doch wenigstens die Manipulation der Wählerstrom-Analysen in der Wahlnacht endlich abgestellt werden.

(-/21.1.1987/rs/ks)

* * *



Abschluß Bundeshaushalt 1986

Entscheidende Ziele wurden verfehlt

Von Helmut Wieczorek MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Mit dem Bundeshaushalt 1986 ist der 4. Haushalt unter der Verantwortung der Regierung Kohl abgeschlossen worden. Die dazu vom Bundesfinanzminister veröffentlichten Zahlen belegen, daß diese Bundesregierung ihre wichtigsten haushaltspolitischen Ziele verfehlt hat und bei den Finanzen des Bundes ab 1987 mit ungedeckten Milliardenbelastungen zu rechnen ist.

1. Verschuldung steigt weiter an

1983 hat der Bundesfinanzminister als Ziel ausgegeben, die Neuverschuldung zu Beginn der neuen Legislaturperiode - also Anfang 1987 - auf eine Größenordnung von 15 bis 20 Milliarden DM zu bringen: Im Haushalt 1986 lag die Neuverschuldung bei 23 Milliarden DM; der Bundesfinanzminister hat sein Ziel nicht erreicht.

Mitte 1985 hatte Dr. Stoltenberg beschworen: „Wir dürfen auf gar keinen Fall die Neuverschuldung wieder ansteigen lassen.“ Bei Abschluß des Haushalts 1986 erweist sich, daß auch dieses Ziel verfehlt worden ist. 1985 lag die Neuverschuldung bei 22,4 Milliarden DM, 1986 bei 23 Milliarden DM und nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes soll sie 1988 wieder auf 26 Milliarden DM ansteigen.

Insgesamt hat der Bundesfinanzminister in vier Jahren, von 1983 bis 1986 exakt 105 Milliarden DM neue Schulden aufgenommen, mehr als irgendeiner seiner Amtsvorgänger in der gleichen Zeit. Wären ihm dabei nicht fast 50 Milliarden DM Gewinne von der Deutschen Bundesbank zur Hilfe gekommen, sähe die Schuldenbilanz des Dr. Stoltenberg noch wesentlich schlimmer aus.

Im Haushalt 1987 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 1990 sind noch einmal fast 100 Milliarden DM neue Schulden vorgesehen und der Bundesfinanzminister rechnet mit weiteren 25 Milliarden DM Bundesbankgewinnen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß weitere Milliardenbelastungen bis 1990 zu erwarten sind, für die der Bundesfinanzminister keine Vorsorge getroffen hat und die den Schuldenberg des Bundes weiter anwachsen lassen werden: Steuerausfälle für 1987 aufgrund der schwachen Entwicklung bei den Steuern im Jahr 1986; neue Steuerentlastung von über 40 Milliarden DM, von denen 20 Milliarden DM ohne Erhöhung von Verbrauchsteuern finanziert werden sollen; Babyjahr für Trümmerfrauen, dessen schäbige Stufenlösung bislang nur für 1987 finanziell abgesichert ist; Belastungen beim Airbus, bei der Kokskohlenbeihilfe, für die EG und für ehrgeizige Vorhaben im Verteidigungsbereich: alles ungedeckte Wechsel für die Zukunft.

Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg wird als der größte Schuldenmacher in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen.

2. Ausgabenstoppe 1986 groß angelegte Verdummungsaktion

Im Juni hatte der Bundesfinanzminister eine Ausgabenstoppe von einer Milliarde DM für das Jahr 1986 erlassen. Dazu hieß es in den BMF-Finanznachrichten vom 24. Juni 1986: „Durch die Haushaltssperre soll eine Einsparung von mindestens einer Milliarde DM erreicht werden, um sicherzustellen, daß das Ausgabensoll des Bundes 1986 in Höhe von 263,5 Milliarden DM trotz der unabwiesba-



ren Mehrbelastungen insbesondere im agrarsozialen Bereich, die als nationaler Ausgleich der EG-Agrarpolitik in einem Umfang von rund 1/2 Milliarden DM erforderlich waren, sowie die finanziellen Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl in etwa gleicher Größenordnung, mit Sicherheit eingehalten werden kann.“

Nur kurze Zeit später war plötzlich Geld vorhanden, um den Kauf von 150 Panzern Leopard II zu ermöglichen, wobei 230 Millionen DM Barmittel noch für 1986 bewilligt wurden und weitere Verpflichtungsermächtigungen von über 600 Millionen DM bis 1990.

Im Oktober hieß es in einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage, ob die Bundesregierung die Einschätzung des DIW teilt, daß die Sollansätze der Ausgaben 1986 um rund 2,5 Milliarden DM unterschritten werden und ob damit die Sperre noch notwendig ist: „Die Bundesregierung teilt diese Ansicht nicht. Die Ausgaben Sperre dient dem Zweck, haushaltsrechtlich sicherzustellen, daß unabwiesbare Mehrbelastungen von rund einer Milliarde DM durch entsprechende Minderausgaben aufgefangen werden. Daran hat sich nichts geändert.“

Beim Abschluß des Bundeshaushalt 1986 sind jetzt die Ausgaben 1,9 Milliarden DM hinter den Sollansätzen zurückgeblieben; das heißt, selbst ohne die Ausgaben Sperre von einer Milliarde DM wäre das Ausgaben Soll unterschritten worden. Die Mehrausgaben für die Folgen von Tschernobyl und weitere agrarsoziale Maßnahmen für die Landwirtschaft - für die als Ausgleich die Sperre erlassen worden war - betragen etwas über 700 Millionen DM, exakt der Betrag, um die die Neuverschuldung gegenüber dem Sollansatz zurückgeblieben ist. Und hätte der Bundesfinanzminister nicht noch kurzerhand 230 Millionen DM für neue Panzer bewilligt, wäre die Neuverschuldung auch ohne die Sperre niedriger ausgefallen als es ursprünglich geplant war.

Damit zeigt sich, daß die Ausgaben Sperre 1986 den einzigen Zweck hatte, die Bilanz des Bundesfinanzministers vor der Bundestagswahl möglichst günstig erscheinen zu lassen. Die Dummen dabei sind die vielen Zuwendungsempfänger des Bundes, deren Finanzrahmen erheblich eingeschränkt worden ist und die Dummen sind die weit über zwei Millionen arbeitslosen Menschen in unserem Lande, für die angeblich kein Geld für zusätzliche Maßnahmen vorhanden war.

3. Sozialabbau geht weiter

Erklärtes Ziel der Bundesregierung war es, Einsparungen gerecht zu verteilen. Der Bundeskanzler hatte 1982 versprochen, „das was Rentner, Sozialleistungsempfänger, Beamten und anderen zugemutet werden muß, muß für alle gelten“ und „wir wollen nicht, daß Mittel, die den Steuerzahlern aufgebürdet werden müssen, auf Bürger verteilt werden, die selbst leistungsfähig sind“.

Das Ergebnis der Sparpolitik der Bundesregierung ist jedoch ins genaue Gegenteil verkehrt worden. Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslose, Schüler und Familien hatten 1983 bis 1985 Belastungen von über 60 Milliarden DM zu tragen und diese Politik wirkt weiter fort.

Beim Abschluß zum Bundeshaushalt 1986 sind wesentliche Sozialausgaben des Bundes um über eine Milliarde DM hinter den geplanten Ansätzen zurückgeblieben, unter anderem: Kindergeld - 319 Millionen DM; Zuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung - 171 Millionen DM; Kriegsopferversorgung - 150 Millionen DM; BAföG - 121 Millionen DM.

Vertreter der Bundesregierung versuchen dagegen mit Zahlen aus dem Sozialbericht immer wieder einen falschen Eindruck zu erwecken. Von den 80 Milliarden DM, um die das Sozialbudget 1986 gegenüber 1982 angestiegen ist, sind 2/3 durch höhere Sozialbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Bei den restlichen Leistungen handelt es sich zum größten Teil um Steuermindereinnahmen - Kinderfreibeträge und Auswirkungen des Ehegattensplitting - die Spitzenverdiener weit höher entlasten als Durchschnittsverdiener. Die wirklichen Mehrausgaben der öffentlichen Haushalte für das Sozialbudget lagen nur um neun Milliarden DM höher als 1982 und nicht um



80 Milliarden DM. Dabei sind die Ausgaben des Bundes 1986 sogar im Vergleich zu 1982 zurückgegangen. In den Jahren 1983 und 1986 hat der Bund insgesamt bei den Sozialausgaben 20 Milliarden DM eingespart. Dagegen kamen die wohlhabenden Bürger ungeschoren davon. Entgegen ursprünglichen Wahlversprechen wurde ihnen sogar vorzeitig die Zwangsanleihe zurückgezahlt und jetzt wird ihnen für die nächsten Jahre eine Senkung des Spitzensteuersatzes in Aussicht gestellt.

Das ist die Bilanz dieser Bundesregierung im Sozialbereich, von Gerechtigkeit keine Spur.

4. Steuereinnahmen nicht in Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung

Beim Abschluß zum Bundeshaushalt 1986 hat der Bundesfinanzminister zum wiederholten Male argumentiert, daß die niedrigeren Steuereinnahmen aufgrund der 1. Stufe der Steuersenkung 1986 und der höheren EG-Abführung entstanden sind. Diese Argumentation ist falsch.

Schon im Finanzplan des Bundes 1985 bis 1989 vom Juli 1985 war nachzulesen (Finanzbericht 1986, Seite 24): „Im Finanzplan sind darüber hinaus die quantitativen Auswirkungen der von der Bundesregierung zunächst im Grundsatz beschlossenen Steuerrechtsänderungen berücksichtigt. Dazu gehören die finanziellen Wirkungen (Mindereinnahmen) des Steuersenkungsgesetzes (1986: 4,2 Milliarden DM bis 1989: 9,8 Milliarden DM) ... und der erhöhten EG-Abführung (1986: 3,5 Milliarden DM bis 1989 bis zu 7,2 Milliarden DM).“

Danach wurden im Juli 1985 in den Haushalt 1986 211,8 Milliarden DM Steuereinnahmen für den Bund angesetzt. Auch ein Jahr später im Finanzplan des Bundes 1986 bis 1990 wurde diese Annahme aufrecht erhalten: „Bei den Steuereinnahmen 1986 beruht der Ansatz für 1986 auf dem Ergebnis der Steuerschätzung vom November 1985“ (Finanzbericht 1987, Seite 25).

Danach blieb es bei den Steuereinnahmen für den Bund für das Jahr 1986 in Höhe von 211,8 Milliarden DM, wie schon ein Jahr zuvor. Beim Haushaltsabschluß 1986 sind nun die Steuereinnahmen um 2,9 Milliarden DM gegenüber dem Sollansatz zurückgeblieben. Sieht man sich dazu die Übersicht über die Steuereinnahmen 1986 an (BMF-Pressemittteilung 3/87 vom 15. Januar 1987) so stellt man fest, daß dieser Rückgang weder auf die Steuerentlastung 1986 noch auf erhöhte EG-Abführungen zurückzuführen sein kann. Entscheidende Abweichungen sind lediglich bei der Körperschaftsteuer entstanden (-1,6 Milliarden DM) und bei der Einfuhrumsatzsteuer (-6,7 Milliarden DM), dagegen liegt die Umsatzsteuer um 4,2 Milliarden DM über dem Sollansatz. Hierauf geht der Bundesfinanzminister in der gleichen Presseerklärung mit keinem Wort ein. Nicht die EG und die Steuerentlastung 1986 sind der Grund für das Zurückbleiben der Steuereinnahmen; offensichtlich steht die wirtschaftliche Entwicklung nicht im Einklang mit den optimistischen Annahmen der Bundesregierung. Mit den niedrigeren Steuereinnahmen 1986 ist jetzt schon ein Haushaltsloch für 1987 vorprogrammiert.

5. Investitionen des Bundes gehen weiter zurück

Vier Jahre lang sind jetzt die Investitionen des Bundes um Milliardenbeträge hinter den geplanten Ansätzen zurückgeblieben. 1983: -2 Milliarden DM; 1984: -2,1 Milliarden DM; 1985: -1,9 Milliarden DM; 1986: -1,3 Milliarden DM.

Der Bund hat also in vier Jahren fast 7,5 Milliarden DM weniger investiert als geplant. Damit gehen fast 200.000 Arbeitslose als hausgemachte Arbeitslosigkeit auf das Konto des Bundes.

Betrug der Anteil der Investitionen des Bundes 1982 noch 13,1 Prozent der Gesamtausgaben, waren es 1986 nur noch 12,7 Prozent und nach der mittelfristigen Finanzplanung sollen es 1990 nur noch 11,9 Prozent sein.

Rechnet man die Umstellung des BAföG auf Darlehen und die Ausgaben für Gewährleistungen aus den Investitionsausgaben des Bundes heraus - eine alte Forderung der CDU/CSU - so liegen die investiven Ausgaben des Bundes in jedem Jahr seit der Wende unter 30 Milliarden DM, während sie 1982 noch darüber lagen. Gab die Regierung Schmidt in den letzten vier Jahren ihrer Amtszeit noch - ohne BAföG und Gewährleistungen - fast 122 Milliarden DM für Investitionen aus, waren es bei der Regierung Kohl weniger als 118 Milliarden DM.

Das ist das Ergebnis von vier Jahren Regierung Kohl: Statt wie versprochen, die Investitionen zu verstärken, hat der Bund seine Investitionen in Wirklichkeit verkommen lassen und verstärkt damit die hausgemachte Arbeitslosigkeit.

(-/21.1.1987/rs/ks)

